

Sozialpädiatrie unter Druck

Sozialpädiatrische Zentren gewährleisten eine interdisziplinäre Versorgung für Kinder und Jugendliche mit Entwicklungsstörungen sowie komplexen chronischen Erkrankungen. Doch die 43 Zentren in Nordrhein-Westfalen stehen zunehmend unter Druck: Steigende Fallzahlen sowie eine unzureichende Finanzierung führen vielerorts zu langen Wartezeiten. Für betroffene Familien kann dies mit einem erheblichen Leidensdruck verbunden sein.

von Marc Strohm

Es sind Anrufe, die Ruth Winzen nahegehen: Eltern, die verzweifelt sind, manche weinen, während sie von ihrem Kind erzählen. Es spricht nicht und in der Kita schlägt oder tritt es andere Kinder. Manchmal ist die Situation so zugespitzt, dass das Kind vom Kita-Alltag ausgeschlossen wird. Für die Eltern sei eine solche Situation extrem belastend, sagt die Neuropädiaterin und Kinderpsychiaterin, die das Sozialpädiatrische Zentrum (SPZ) am Elisabeth-Krankenhaus in Mönchengladbach-Rheydt leitet. „Auch die Kinder selbst stehen häufig unter einem enormen Leidensdruck“, berichtet Winzen im Gespräch mit dem *Rheinischen Ärzteblatt*.

Breites Behandlungsspektrum, begrenzte Kapazitäten

Das SPZ ist darauf spezialisiert, Kinder und Jugendliche mit Entwicklungsstörungen, chronischen Erkrankungen oder drohenden Behinderungen zu behandeln. Das Spektrum reicht von Entwicklungsverzögerungen über Aufmerksamkeits- und Autismus-Spektrum-Störungen bis hin zu genetischen Syndromen, Bewegungsstörungen, Epilepsien und weiteren kinderneurologischen und somatisch-chronischen Erkrankungen. Auch emotionale Störungen wie Bindungs- und Traumafolgestörungen spielen im Behandlungsspektrum des SPZ eine Rolle. Einige der behandelten Kinder wachsen zudem unter schwierigen familiären Bedingungen auf, erleben Vernachlässigung oder haben psychisch erkrankte Eltern. Die Diagnostik erfolgt Winzen zufolge multiprofessionell. Zum Angebot ge-

hören unter anderem Ergo- und Physiotherapie, Logopädie und Psychotherapie. Eltern und das soziale Umfeld der Kinder – etwa Schulen und Kindertagesstätten – würden ebenfalls in die Diagnostik einbezogen. Für Winzen ist die Beratung der Familien ein wichtiger Bestandteil der Versorgung. Häufig entspanne sich die Situation deutlich, wenn Eltern mehr Sicherheit im Umgang mit der Erkrankung oder den besonderen Bedürfnissen ihres Kindes gewinnen.

Doch für viele Familien ist der Weg zu einer Diagnose und geeigneten Therapie langwierig. In Mönchengladbach beträgt die Wartezeit auf einen Termin nicht selten um die 18 Monate. In den übrigen Sozialpädiatrischen Zentren Nordrhein-Westfalens warten Familien nach Angaben Winzens im Durchschnitt etwa ein Jahr auf einen freien Termin. Die Fallzahlen übersteigen derzeit deutlich die vorhandenen Kapazitäten. Insbesondere seit der Coronapandemie sei die Zahl der Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten deutlich gestiegen. Am SPZ in Mönchengladbach reicht das Einzugsgebiet der Patienten nach Angaben Winzens bis an die niederländische Grenze. „Für dieses große Einzugsgebiet haben wir nicht genügend Platz“, sagt die Kinderpsychiaterin. Die Räume seien zu klein und inzwischen in die Jahre gekommen. Für notwendige Renovierungen und umfassende Sanierungen fehlten die finanziellen Mittel. Deshalb sei die Diagnostik des Bewegungs- und Spielverhaltens in den vorhandenen Räumlichkeiten vielfach nicht möglich. Gleichzeitig sei die Behandlung in den SPZ häufig zeitintensiv. Neben komplexen diagnostischen Fragestellungen benötigten einige Familien aufgrund sprachlicher Barrieren zusätzliche Unterstützung, etwa durch Dolmetscher. Für das größte Problem hält Winzen allerdings die langen Wartezeiten. Gerade bei Kindern mit Entwicklungsauffälligkeiten oder komplexen Erkrankungen könne sich der Unterstützungsbedarf während der Wartezeit weiter verfestigen. Die Neuropädiaterin warnt daher vor möglichen Chronifizierungen und Folgestörungen.

Finanziert werden die Leistungen Sozialpädiatrischer Zentren durch die gesetzliche Krankenversicherung. Die Finanzierung sei aber vielfach nicht auskömmlich, kritisierte auch Claudia Middendorf, Beauftragte der

Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen, bei einem Besuch des SPZ in Mönchengladbach-Rheydt Ende August. Sie forderte die Kassen auf, gemeinsam mit den SPZ nach Lösungen zu suchen.

Auch die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ) kritisiert die unzureichende Finanzierung. Insbesondere die Vergütung nichtärztlicher Leistungen müsse eindeutig geregelt werden. Anders als in der ambulanten psychiatrischen Versorgung sei dies bei den SPZ nicht hinreichend gewährleistet.

Fehlende Planungssicherheit

Der DGSPJ zufolge werden jährlich in Deutschland rund 350.000 Kinder und Jugendliche in Sozialpädiatrischen Zentren betreut. Der Bedarf sei jedoch deutlich höher. Zudem seien SPZ für Familien regional unterschiedlich gut erreichbar. Während Nordrhein-Westfalen über 43 sozialpädiatrische Zentren verfügt, gibt es in Mecklenburg-Vorpommern lediglich drei. Um die Versorgung zu verbessern, fordert die DGSPJ unter anderem längere Ermächtigungszeiträume zur Erbringung sozialpädiatrischer Leistungen. Die derzeitige durchschnittliche Ermächtigungsdauer von 5,3 Jahren sei zu kurz. Damit fehle die notwendige Planungssicherheit für Investitionen und eine langfristige Personalplanung. Der Verband plädiert deshalb dafür, die Ermächtigungen regelhaft auf zehn Jahre zu verlängern. Darüber hinaus setzt sich die DGSPJ für eine Anhebung der Altersgrenze bei den Patientinnen und Patienten von 18 auf 21 Jahre ein, analog zur Versorgung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Die derzeitige Altersgrenze werde den Bedürfnissen von Patienten mit Entwicklungsstörungen und komplexen chronischen Erkrankungen nicht gerecht. Fehle eine Anbindung an ein regionales medizinisches Zentrum für Erwachsene mit Behinderung, müsse eine Behandlung auch über das 21. Lebensjahr hinaus möglich sein. **RA**

Exklusiv für Kammermitglieder

Kostenloser Vollzugriff auf die renommierte Datenbank für nordrheinische Ärztinnen und Ärzte

www.aekno.de/cochrane

